



Dieses Merkblatt muss von der Beratungsstelle zu Beginn einer Beratung der beratenen Person ausgehändigt werden.

Merkblatt zum Datenschutz für Beratene

Sie werden von einer Einrichtung beraten, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds plus (ESF plus) und/oder anderen öffentlichen Mitteln finanziert wird.

Die Beratungsstelle ist verpflichtet, die auf der Rückseite dieses Blattes aufgeführten Daten über Ihre Person zu erfassen und (ohne Angaben zum Namen, Geburtsdatum oder Wohnort) in einer Datenbank an die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration zu übermitteln. Dies erfolgt allein zu dem Zweck der Erfüllung der Berichts- und Bewertungspflichten.

Eine Verarbeitung und Weitergabe der oben aufgeführten Daten zu anderen als den genannten Zwecken findet weder seitens der Beratungsstelle noch seitens der ESF-Behörden statt.

1 Rechtsgrundlage für die Datenerhebung

Die Datenschutz-Grundverordnung (insbesondere Artikel 6 in der Verordnung (EU) Nummer 2016/679) zusammen mit folgenden EU-Verordnungen

- Artikel 4 in der Verordnung (EU) Nr. 2021/1060
- Artikel 22 im Absatz 3 in der Verordnung (EU) Nr. 2021/1060
- Artikel 42 in der Verordnung (EU) Nr. 2021/1060

2 Hinweis zur Erhebung weiterer Daten

Sofern weitere, gegebenenfalls für den Beratungsprozess relevante Informationen durch die Beratungsstelle separat erhoben und gespeichert werden, dürfen diese nicht an die ESF-Behörden oder an sonstige Dritte weitergegeben werden und müssen nach Abschluss des Beratungsprozesses von der Beratungsstelle vernichtet werden. Ausnahmen hiervon können sich aus dem Zuwendungsbescheid ergeben.

3 Hinweis zu Ihren Betroffenenrechten

Gemäß Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben Sie ein Auskunftsrecht über Sie betreffende personenbezogene Daten (Art. 15 DSGVO), ein Recht auf Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO), ein Recht auf Löschung von Daten, sofern der Löschung keine gesetzlichen Archivierungspflichten entgegenstehen (Art. 17 DSGVO), ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO) und unter bestimmten Voraussetzungen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) und ein Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO).

Betrieblicher Datenschutzbeauftragter des Trägers ist:

Stefan Weisfeld, Mathildenstr. 17, 28203 Bremen. E-Mail: datenschutz@weisfeld.it

Externer Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, Abteilung Arbeit, ESF-Zwischengeschaltete Stelle ist:

datenschutz nord GmbH, Konsul-Smidt-Straße 88, 28217 Bremen,
office@datenschutz-nord.de, Tel.: (0421) 6966 320

Datenschutz-Aufsichtsbehörde ist:

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit der Freien Hansestadt Bremen, Arndtstraße 1, 27570 Bremerhaven, Tel.: (0471) 5962010

Anlage:

Angaben der Beratungserhebung ohne Hinweis auf Namen und persönliche Bezüge:

<p>Datum der ersten Beratung</p>	
<p>Geschlecht</p>	<ul style="list-style-type: none"> • weiblich • männlich • nicht binär
<p>Migrationshintergrund</p> <p>(Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Die Definition umfasst im Einzelnen folgende Personen: 1. zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer:innen; 2. zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte; 3. (Spät-)Aussiedler:innen; 4. mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen.)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • ja • nein • keine Angabe
<p>Alleinerziehend</p> <p>(sind Personen, die mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern zusammenleben und allein für deren Pflege und Erziehung sorgen.)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • ja • nein • keine Angabe